

# E 110-NR/XXI. GP

## Entschließung

des Nationalrates vom 12. Dezember 2001

betreffend Standortsicherung und Konjunkturbelebung

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre offensive Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der Budgetkonsolidierung zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich und insbesondere der Arbeitsplätze fortzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, die bereits gesetzten und eingeleiteten Offensiven in den Bereichen Bildung, Forschung, Infrastruktur und der Exportwirtschaft zu forcieren.

Die Bundesregierung wird weiters ersucht, ehe baldigst eine Regierungsvorlage vorzubereiten, die die Umsetzung nachstehender Maßnahmen sicherstellt:

**Forschung und Technologieentwicklung:**

Schaffung eines zusätzlichen Freibetrages für alle Forschungsausgaben laut OECD-Definition;

Sicherstellung einer Anschlussfinanzierung für die über den Rat für Forschung und Technologieentwicklung zu vergebenden Mitteln;

Schaffung von elektronischen Einreichungen und Abwicklungen im Sinne eines E-Governments.

**Bereich Bildung und Ausbildung:**

Erhöhung des Bildungsfreibetrages oder Schaffung einer Bildungsprämie;

Mit Starthilfe der Länder Verdopplung der Zahl der Studienanfänger an Fachhochschul-Studiengängen und Fachhochschulen;

Förderung der Drittmitteleinwerbung bei Universitätsinstituten;

Stimulierungsprogramm für die Profilentwicklung an den Universitäten.

**Baubereich:**

Schaffung steuerlicher Maßnahmen, die eine Belebung der Baukonjunktur im Jahre 2002 bewirken;

Versuch des Vorziehens von baureifen Projekten;

Maßnahmen für Bauvorhaben im Bereich historischer Objekte;

Umschichtung von Mitteln innerhalb der Wohnbauförderungen zugunsten der Althaussanierungen.

**Maßnahmenpakete im Bereich der KMU:**

Initiierung und Fortsetzung einer Gründeroffensive;

-2-

Schaffung eines double equity funds;  
Weiterer Ausbau der Förderungen durch ERP-Fonds und Bürges;  
Deregulierung und Liberalisierung insbesondere im Unternehmensrecht.

**Internationalisierung und Steigerung des Exportes:**

Optimierung der Finanzierungs- und Garantiemöglichkeiten für österreichische Exporteure und Investoren, vor allem für Hoffnungsmärkte, um die Exportquote Österreichs weiter zu erhöhen.

**Arbeitsmarktoffensive:**

Neuregelung der privaten Arbeitsvermittlung durch Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und Doppelgleisigkeiten;  
Verstärkung der Bemühungen im Bereich der Wiedereinsteigerinnen.

**Infrastruktur:**

Ermöglichung weiterer Infrastrukturmaßnahmen durch Ausweitung der außerbudgetären Finanzierungsrahmen;

**Verwaltungsreform:**

Verstärkte Bürgerorientierung und weitere Beschleunigung von Verfahren;  
Konzentration staatlicher Leistungen auf Kernfunktionen;  
Optimierung der Aufgabenverteilung;  
Abbau von Doppelgleisigkeiten;  
Nutzung von Synergien;  
Senkung der Verwaltungskosten;  
Abschaffung antiquierter Gesetze und generelle Überprüfung des Gesetzesbestandes auf Zeitmäßigkeit.